

blickpunkt

Nr. 275
November 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Keine Zeit für sanfte Töne

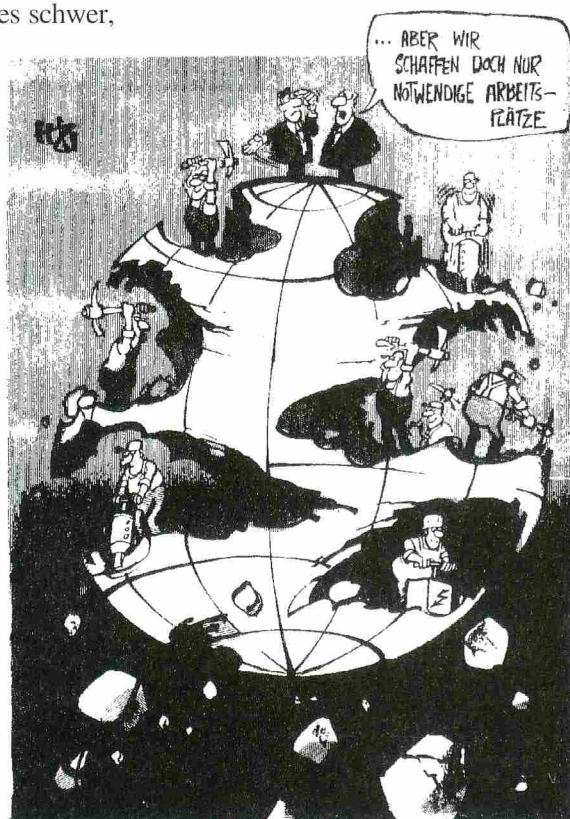
Gegen den Bau der Startbahn/West waren vor Jahren fast alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aktiv. Man hatte Hoffnung, das Projekt verhindern zu können. Als die Oberen und die FAG mit Tränengas, Polizeiknüppeln, Bulldozern und Beton Startbahn-Fakten geschaffen hatte, resignierten die Leute. Diese Resignation dauert an.

Heute, wo neue große Angriffe vom Flughafen auf unsere Stadt und ihre Einwohner zukommen, ist es schwer, breiten Widerstand zu organisieren. Gewiß, am Flughafen arbeiten über 3000 Menschen aus der Doppelstadt und jeder ist froh, wenn er in diesen Zeiten einen Arbeitsplatz hat. Ob allerdings das Argument: "Weiterer Ausbau des Flughafens ist nötig, damit die Arbeitsplätze bleiben" stichhaltig ist, muß bezweifelt werden. Was nützt schließlich der Arbeitsplatz der Vaters, wenn die Kinder an Pseudokrapp leiden. Nicht nur der Flughafen, auch die Anlieger müssen an die Zukunft denken. Man muß schließlich morgen noch hier leben können!

Die DKP und ihr "blick-

punkt" gingen stets von diesem Grundsatz aus. Auch in der jüngsten Auseinandersetzung um weiteren Ausbau, um "Cargo City" und geplante neue Rodungen haben wir in der Stadtverordnetenversammlung Resolutionen eingebracht und protestiert. Aber es gab von CDU und SPD wenig Entgegenkommen. "Alles was hinter dem Flughafenzaun passiert, wird von Rot-Grün in

(Fortsetzung S.2)



Man könnte schwarz sehen

Die letzte Stadtverordnetensitzung machte es deutlich: In der politischen Landschaft unserer Stadt gibt es ein paar neue Entwicklungen. Man spürte richtig, die SPD-Fraktion ist relativ schwerfällig und unselbständig. Früher, mit sicheren Mehrheiten, war's einfacher. Da galt: "der Bürgermeister wird's schon richten".

Die CDU, so scheint es, gewinnt von Sitzung zu Sitzung an Boden. Ihr strategisches Ziel ist klar: "Bürgermeisterwahl '95!" Dabei ist sie nicht zimperlich, sie greift Massenstimmungen auf und seien sie noch so reaktionär und lehnt, im Gegensatz zu früheren Jahren, alle Gebührenerhöhungen ab. Kaum jemand in der SPD, der dies als blanke Demagogie geißelt, immerhin ist diese Partei in Bonn Hauptverursacher der Finanznöte der Kommunen. Außerdem gibt es selbstverständlich auch in CDU-beherrschten Kommunen Gebührenerhöhungen am laufenden Band.

Die SPD-Fraktion hat immer noch nicht ganz begriffen, daß sie nicht mehr so wie früher werkeln kann. Auch der Bürgermeister kann sich nur schwer an die neuen Mehrheitsverhältnisse gewöhnen. Jahrelang ging es nämlich so: wenn wirklich mal was von den anderen Fraktionen angenommen wurde, dann mußte das ja nicht gleich ausgeführt werden. Dafür gab's Schubladen, in die man's fallen lassen konnte. Alle Stadtparlamentarier können hier Beispiele aufzählen, die diese Tatsachen belegen.

(Fortsetzung Seite 2)

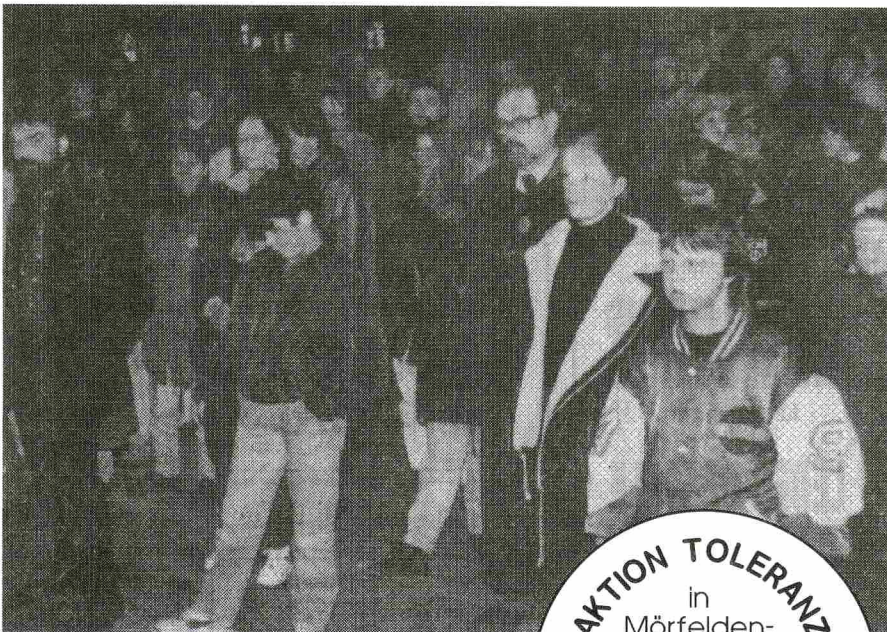
(Fortsetzung von Seite 1)

Wiesbaden getragen", hießes. Der Freibrief für weitere Abholungen? Wie wird es weitergehen? Noch gibt es engagierte Ausbaueegner in der Flughafen-Arbeits-Gemeinschaft, in der Bürgerinitiative Walldorf, der DKP, bei Grünen und Teilen der SPD. Notwendig scheinen jetzt aber zunehmend Koordination und gemeinsame Anstrengungen, damit wieder etwas auf die Beine kommt. Demnächst fahren Magistrat und Stadtverordnete zu einer Informationsveranstaltung auf den Flughafen. Es gibt dort eine Rundfahrt, Kaf-

fee, ein paar Brötchen und sanfte Gespräche in lockerem Kreis. Die Parlamentarier sollen schließlich das Gefühl mitnehmen, sie seien exklusiv informiert worden und könnten beruhigt in den Bus steigen. Nach den neuesten FAG-Plänen ist aber nicht Ruhe, sondern Unruhe die erste Bürgerpflicht. Eine von der DKP beantragte Informationsveranstaltung zum Thema soll im Frühjahr '94 in Mörfelden stattfinden. Hier zumindest wäre es wünschenswert, daß die besorgten Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung sagen. Sanft muß es hierbei garnicht zugehen. rh

(Fortsetzung von Seite 1)

Nur, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn ein Haushaltsplan durchfällt. Da nützt's dann auch nix, wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende eine Tränendrüsenrede hält, nach dem Motto: "Liebe Leut' laßt uns nicht im Stich, sonst seid ihr verantwortungslos!" Als würde die SPD, da wo sie in der Opposition ist, anders verfahren. Da lehnt sie halt auch die Haushaltspläne ab, um ihr prinzipielles Nichteinverständnis mit der jeweiligen "Regierungspolitik" zu zeigen. Hier ist sie nun mal Regierungspartei und ihr Kämmerer macht das gleiche, wie der große Kämmerer in Bonn: abknapsen, streichen, erhöhen. Der große SPD-Aufschrei gegen die menschenverachtende Bonner Sozialabbau-Politik fällt weitestgehend aus. Zwar gibt's in diesem Jahr erstmals eine SPD-Resolution, die das Thema wenigstens vorsichtig ansprach, aber kein Satz war darin zu finden, wo man die fehlenden Finanzen wirklich holen könnte. Keine Bemerkung also über Steuerhinterziehungen, Fehlsubventionen, Somalia und Jäger 90, den man jetzt kosmetisch anders nennt. Das muß man verstehen, schließlich ist ja auch SPD-Schröder ein Rüstungs- und Eurofigther-Fan. Am Ende der besagten Stadtverordneten-Sitzung, bei der nur fünf von dreißig Tagesordnungspunkten abgehandelt wurden, traf uns schon dereine oder andere vorwurfsvolle SPD-Blick. "Hättet ihr nicht mit uns...", war zu spüren. Davon abgesehen, daß wir uns als Opposition zur Wahl gestellt haben und wir so auch gewählt wurden, muß man da sagen: Wir sind kein linkes Beiboot der SPD. Wenn die hiesige SPD wieder Boden gewinnen will, dann muß sie sich selbst "aus dem Elend erlösen". Dann muß sie ihren Bürgermeister mehr an die Kandare nehmen (wir hätten ihn z.B. nicht erneut mit der NATO auf Public-Relations-Tour gelassen). Dann muß sie von der ständigen Gebührenerhöhungspolitik ablassen, muß sich Gedanken machen, wie man die "kleinen Leute" in unserer Stadt nicht immer mehr belastet. Sie muß vor allem aber die Demagogie der hiesigen CDU weit entschiedener als bisher aufzeigen und bekämpfen. Sonst sehen wir schwarz.



Es brennt wieder in Deutschland

Des Pogroms in der sogenannten "Reichskristallnacht" vor 55 Jahren gedachten viele Bürgerinnen und Bürger am 9. November am Gedenkstein in der Mörfelder Langgasse.

Die "Aktion Toleranz" hatte zur Kundgebung eingeladen. "Sich an die Ereignisse von damals zu erinnern, ist gerade heute wichtig", erklärte der Walldorfer Pfarrer Bach-Leucht. Es würden immer wieder Beschwerdebriefe geschickt, wenn bekannt würde, daß irgendwo in der Stadt Flüchtlinge untergebracht werden sollen, erklärte der Pfarrer, der zur Anschauung gleich ein Zitat aus einem

der Briefe brachte: "Solide Bürger wollen nicht in der Nähe der Flüchtlinge wohnen." Der bekannte Frankfurter Antifaschist Peter Gingold meinte in seiner eindrucksvollen Rede: "Es brennt wieder in Deutschland! Steht nicht herum, sondern löscht!"

Am gleichen Abend wurde im Heimatmuseum Mörfelden die Ausstellung "100 Jahre deutscher Rassismus" eröffnet. Karikaturen, Zitate, Zeitungsartikel von einst und jetzt belegen, daß Rassismus nach wie vor vorhanden ist. Die Ausstellung ist bis Ende November zu sehen.

Feine SPD-Art

In der Stadtverordnetenversammlung am 28. September war es allein die SPD, die dem Grünen-Stadtrat Dirk Treber die Stange hielt. Sie verhinderte Trebers vorzeitige Abberufung und die anschließende Streichung seiner Stelle im Stellenplan nach entsprechender Änderung der Hauptsatzung, die CDU, Grüne und DKP/Offene Liste beantragt hatten.

Keine Woche später hatte die SPD-Fraktion ihre Klausurtagung zum Haushalt 1994. Dort verständigten sich die Sozialdemokraten - wie man hörte auch über den weiteren Umgang der SPD mit der „Altlast“ aus Koalitionszeiten. Danach „verfügte“ der Bürgermeister mit Datum vom 15. Oktober, daß die Verantwortung für den „Abfallbereich“ dem Grünen-Stadtrat entzogen und zum 1. November auf den Ersten Stadtrat Vorndran (SPD) übertragen wird. Die SPD-Fraktion formulierte einen Antrag zum Stellenplan, nach dem die Stelle von Stadtrat Treber mit einem KW-Vermerk versehen wird („künftig wegfallend“).

Das Tempo, das SPD-Verwaltungsspitze und Mehrheitsfraktion in anderen Fragen an den Tag legen, legt die Vermutung nahe, daß dieses Vorgehen schon am Abend der Stadtverordnetenversammlung ausgemachte Sache war, an dem Fraktionsvorsitzender Schmidt seine wenig überzeugende und offensichtlich nur von taktischen Überlegungen bestimmte Rede gegen eine vorzeitige Abberufung Trebers hielt.

Die feine Art ist das nicht, zum Fenster hinaus dem Festhalten am Stadtrat aus SPD/GBL-Tagen das Wort zu reden und anschließend hinterrücks seinen halben Schreibtisch auszuräumen; das allerdings haben die SPD und ihr Bürgermeister zu vertreten, der zu diesem entwürdigenden Vorgang bisher noch nicht einmal im Magistrat Stellung genommen hat. Sie haben wohl zunehmend Schwierigkeiten offen zu sagen, was sie wollen.

Für ihre Mehrheitsfähigkeit im Parlament und für die Bürgermeisterwahl, die zunehmend größere Schatten vorauswirft, sind das wenig ermutigende Voraussetzungen.

GS



Freizeitpark Deutschland

Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl vom Freizeitpark Bundesrepublik spricht, dann ist diese Unverschämtheit nur schwer zu ertragen. In diesem sogenannten organisierten Freizeitpark steigen monatlich die Arbeitslosenzahlen, die Situation von SozialhilfeempfängerInnen wird immer auswegloser. Viele Rentnerinnen und Rentner sind verunsichert und Millionen Beschäftigte haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Der Kanzler hat inzwischen diese Aussage mehrfach wiederholt und kaum jemand hält ihm etwas entgegen. Es ist eben auch das Land der Leute, die mit der Wiedervereinigung dreistellige Milliarden Gewinne erwirtschaftet haben, die im Osten Menschen enteignen, die zum Zwecke von noch höheren Gewinnen Hunderttausende Menschen auf die Straße werfen. Nicht vergessen darf man, daß die Rüstungsindustrie noch immer eine Schlüsselrolle spielt, die Wirtschaftskriminalität sich immer breiter organisiert und die vielen Steuergeschenke an die Reichen der Reichen. Das Geld für einen wirklichen sozialen Umbau ist da, aber dazu benötigen wir eine radikale Umschich-

tung der Vermögenswerte. Aber so einfach die Antwort ist, sie ist unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in diesem Land nicht durchzusetzen. Die Bundesregierung kann nur regieren, weil die Gewinner der Wiedervereinigung mitregieren. Es wäre bitter notwendig, diese Regierung durch eine andere abzulösen. Aber mit wem? Die SPD mit Scharping und Lafontaine haben dieser unsozialen Politik - wie man auf dem Wiesbadener Parteitag sah - kaum etwas entgegenzusetzen. Sie sprechen davon, daß Löhne, Gehälter und Renten der Produktivität angepaßt werden müssen, daß es mit den Lebensbedingungen abwärts gehen kann, solange die Gewinne nicht weiter ansteigen. Viele sind enttäuscht von der SPD und wenden sich ab. Zwar gibt es noch einige aktive Gewerkschaftler in der SPD, aber auch von dieser Seite ist z.Zt. nicht viel zu erwarten.

Wenn etwas passiert, dann passiert es bei den Stahlarbeitern und Bergarbeitern in Ost und West. Vom Verhalten der Beschäftigten in den Betrieben, in den Verwaltungen, in Schulen und auf Universitäten hängt es ab, was sich Vertreter und Vertreterinnen von Politik und Wirtschaft in Zukunft erlauben können.

Helga Fritz

In Erfurt gibt es wieder eine Wilhelm-Hammann-Schule

Am 7. November 1993 wurde aus der Regelschule II in der Erfurter Scharnhorststraße die Wilhelm-Hammann-Schule. Den gleichen Namen hatte eine Nachbarschule bereits zu DDR-Zeiten. Der Kommunist und ehemalige Groß-Gerauer Landrat Hammann rettete in Buchenwald 159 jüdischen Kindern das Leben und wurde in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem als »Gerechter unter den Völkern« geehrt.

Ganz von selbst kam die neue Namensgebung aber nicht zustande. Es gab ungezählte Briefe und öffentliche Vorstöße für die Ehrung Wilhelm Hammanns.

Die »Frankfurter Rundschau« schrieb hierzu:

»Die Rückbenennung wurde von dem Mörfelder DKP-Stadtverordneten und Kenner der Heimatgeschichte Rudi Hechler mit angestoßen. Hechler, der den 1955 tödlich verunglückten Wilhelm Hammann noch kannte und wegen seines Widerstandes gegen die Nazis als »große Persönlichkeit« schätzt, schrieb im Dezember 1992 an die »Yad Vashem Martyrs and Heroes Authority« in Israel; deren Sektionsdirektor Benjamin Armon setzte sich daraufhin mit Erfurts Oberbürgermeister Manfred Ruge in Verbindung, auf daß die Schule wieder ihren alte Namen bekomme.

Hechler beklagte sich in seinem damaligen Briefbitter über die Instinktlosigkeit in Erfurt, bei der im Zuge der »sozialistischen Vergangenheitsbewältigung« auch die Vita eines anerkannten Antifaschisten abgewickelt werde. Hechler damals: »Ich schäme mich für jene, die heute das Andenken von Antifaschisten aus unserer Geschichte streichen wollen. Sie tragen mit Schuld an der heutigen Rechtsentwicklung.«

Wir sind sehr zufrieden und dankbar, daß man in Erfurt reagierte und die Namensgebung wieder zustande kam.

Immerhin, ein Beleg dafür, daß man mit Beharrlichkeit der dummen Bilderstürmerei in der ehemaligen DDR erfolgreich entgegentreten kann.

Außerordentlich beschämend finden wir allerdings, daß bis heute im Heimatkreis Wilhelm Hammanns keine Namensgebung (Ausnahme eine kleine Straße) stattfand.

Der Name Wilhelm Hammann wurde u.a. durch die jahrelange Arbeit der DKP wieder sehr bekannt. Wir veröffentlichten über sein Leben eine Broschüre, gestaltete eine Wanderausstellung, schrieben viele Beiträge in Büchern und Zeitschriften. Keiner der Verantwortlichen im Groß-Gerauer Landratsamt kann sagen, er hätte nicht gewußt, wer Wilhelm Hammann war.

Sicher haben Sie auch schon oft gedacht - »das wär' was für den blickpunkt«.

**Also, demnächst einfach anrufen:
Telefon:
23366, 22362,
3335, 3859.**

Jedes Jahr dieselbe Leier

Den Stadtverordneten liegt der Waldwirtschaftsbericht und ein Waldschadensbericht vor. Beide habe ich in Zusammenhang gesehen und ein Waldschadens-Szenario daraus gemacht. Aus sportlichen Ambitionen bin ich oft im Wald und beobachte die Waldarbeiter kritisch. Vielleicht bin ich als Laie und Naturbewunderer ungerecht gegenüber denen, die mit dem Wald berufsmäßig

zu tun haben, doch eines ist klar, ohne kritische und bissige Anmerkungen verändert sich nichts.

Vielleicht geht der Wald auch daran kaputt, weil mit den alten Methoden Waldbau betrieben wird. Wird ein Distrikt »geerntet«, so wird dies gründlich getan. Nach dem Abräumen der Bäume werden mit Großmaschinen die Baumstümpfe entfernt, kein Würzelchen oder Ästchen darf mehr sichtbar sein. (Man könnte meinen, jetzt werden Blumenrabatten oder Zierrasen gesät.) Die nicht verwertbaren Reste werden mit Autoreifen und Altöl verbrannt. Andere Maschinen besorgen das Pflanzen - meist ein Jahr später. Abstand zehn Zentimeter, schnurgerade, gleiche Kultur. Zwischen den Reihen muß ein Abstand bleiben, damit der Traktor mit dem Kultivator hindurchkommt. Um das Pflanzstück zu schützen, muß ein Zaun gezogen werden. Wild muß sein, sonst haben die Jäger nichts zu schießen, und wenn die nicht genügend schießen können, verlieren sie die Lust an Wald und Natur. Und so geht mit Weidmannsheil und Weidmannsdank der Wald zugrunde. Sicher verkenne ich nicht die Gefährdungen des Waldes durch die Luftverunreinigungen, die Grundwasserabsenkung, das Abholzen für Industrie und Straßenbau. Doch ist die Monokultur, die nicht standortgerechte Forstkultur, das ständige »Ernten« (einschließlich Rindenmulch) ohne einen Ausgleich für den Boden, nicht auch Ursache des Waldsterbens? Ich möchte nicht immer das Jammern der Forstverantwortlichen hören. Die Schwammspinner sind neben Borkenkäfer, saurem Regen, Sturmschäden geradezu ein neues Argument, uns den Tod des Waldes zu erklären. Heuer fällt man reihenweise Eichen. Sie hat es besonders getroffen - jeder zweite Baum ist tot. Für jeden Baumriesen müßten in unmittelbarer Nähe zehn neue gepflanzt werden, damit sich Unterwuchs bildet. Davon habe ich bisher nichts beobachtet. Überzogen ist die Glosse - das gebe ich zu. Aber etwas Wahres ist doch an der Argumentation - oder? R.Dötsch

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Bald 4 Millionen in Sozialhilfe

Ein dramatischer Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in Deutschland zu verzeichnen. Jeder zehnte Westdeutsche und 6 Prozent der Bevölkerung der neuen Länder sind sozialhilfebedürftig, ergibt sich aus einer Studie über die Armutsentwicklung in Deutschland, die der DGB und der Paritätische Wohlfahrtsverband jetzt vorlegten. Spätestens im nächsten Jahr sei mit einer Angleichung der derzeit noch niedrigeren Zahlen in Ostdeutschland an das hohe Westniveau zu rechnen.

Aus der Studie ergibt sich, daß sich die Zahl der westdeutschen Sozialhilfeempfänger seit 1980 mehr als verdoppelte. Mit 2,9 Millionen waren bereits 1991 rund 5 Prozent der Westdeutschen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Ein sprunghafter Anstieg ist in Ostdeutschland zu registrieren, wo rund eine halbe Million Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht.

Der DGB übte heftige Kritik an der Regierung, die vermehrt Anleihen bei der "krisenverschärfenden Politik" der 30er Jahre mache. Arbeitslosigkeit und Armut statt Wachstum und Beschäftigung würden gefördert. Bei der Sozialhilfe sei der Trend zur "Armenfürsorge" nicht zu übersehen.

Mehr als zwei Drittel der Sozialhilfebedürftigen im Osten und knappe ein Drittel im Westen seien bereits arbeitslos. Trotz zunehmender Not würden der Solidarcharakter der Arbeitslosenversicherung "ausgehebelt" und arbeitsmarktpolitische Hilfen beschnitten. Etwa 300 000 Beziehende von Arbeitslosenhilfe gingen nach Bonner Plänen künftig bei den Arbeitsämtern leer aus und würden überwiegend in die Armut getrieben.

Als böswillig bezeichnete der DGB Darstellungen, das Abstandsgebot zwischen Lohn und Sozialhilfe sei verletzt.

Für mehr als 90 Prozent der Sozialhilfeempfänger reiche die Leistung nicht an die unteren Lohngruppen heran.

Der Wohlfahrtsverband warnte, es würden immer mehr Menschen bewußt in Armut abgedrängt. Durch Bonner Sparpläne drohe der Verlust des sozialstaatlichen Minimalkonsenses. Statt Kürzungen sei eine grundlegende Reform der Sozialhilfe erforderlich.

Das Deutsche Rote Kreuz informierte, daß in Deutschland derzeit rund 1 500 000 Menschen obdachlos sind. Weitere 800 000 Menschen müßten in Notunterkünften leben, erklärte der DRK-Präsident. An die Politik appellierte er, die geplanten Kürzungen in der Sozialhilfe und bei der Arbeitslosenhilfe zu überdenken.



"Spare in der Not, dann . . ."

Fast kein Tag vergeht, ohne daß man neue Hiobsbotschaften erfährt über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Mal sind es Meldungen über Massenentlassungen, mal Berichte über die Finanznot der Städte und Gemeinden. Die "Gesundbeter" haben Hochkonjunktur. Von Regierungsvertretern oder Wirtschaftsverbänden, vom Steuerzahlerbund oder Instituten werden ständig neue Vorschläge zur Beseitigung der Krise gemacht. Und eins haben die Vorschläge gemeinsam: Mit der Argumentation der Wirtschaftsstandortsicherung soll diese Re-

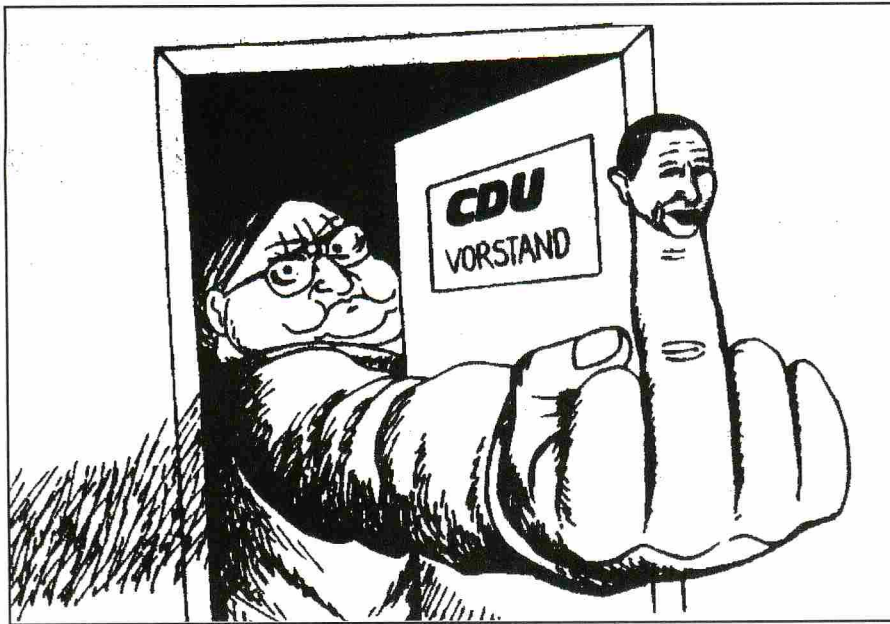
publik umgebaut werden. Die soziale Marktwirtschaft (das Wörtchen sozial haben wir immer in Zweifel gezogen) soll nur noch Marktwirtschaft sein. Die hohen Lohn- und Lohnnebenkosten werden beklagt; nur durch deren Abbau sei der Standort Deutschland zu sichern, suggeriert man der Bevölkerung. Was die Kommunen über Gebührenanhebungen, der Fiskus über Steuersteigerung (Mehrwert-, Benzinsteuern, Solidarzuschlag etc.) einleitet, wird von den Betrieben fortgesetzt. Die Sozialleistungen werden zusammengestrichen, Schichtpläne verändert, übertarifliche Bezahlung in Frage gestellt. Weniger Lohn gleich weniger Lohnsteuer, weniger Steuer gleich weniger Ausgaben des Staates für Soziales und Investitionen.

Das wiederum bedeutet weniger Arbeit, mehr Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger... Sind wir nicht mehr weit von den Brünningschen Notverordnungen der zwanziger Jahre? Damals versuchte man mit Sparen und Lohnkürzungen die Wirtschaft und den Staat zu sanieren und hat das Gegenteil erreicht.

Der Kapitalismus, der "strahlende Sieger" über den Kommunismus liegt selbst im Sterben! Dabei haben die Regierenden noch gar nicht begriffen, wie schlimmes im Lande

aussieht. Abgehoben von der Bevölkerung und den "Niederungen des Alltags" hegen sie Pläne für den militärischen Einsatz in der Welt, hält weiter an den teuren wie unnützen Rüstungsplänen (Jäger 90/Eurofighter) fest, ebenso der Luxus-Umzug der Regierung nach Berlin soll weder aufgehoben noch aufgeschoben werden, die teuren Post- und Bahnreformen und, und, und. (Die Kosten für Olympia-Berlin sind nicht von unseren Politikern, sondern vom IOC vereitelt worden.)

Was kann der Bevölkerung noch zugemutet werden? Damit das "Wahljahr 1994" nicht ein weiteres "Zahl"jahr wird, ist erheblich Power der Betroffenen vonnöten.



bestimmten Strukturen ausfüllen" (stern 39). "Wer Selbstverwirklichung in vollem Umfang will, muß auf Kinder verzichten" (SZ 18. 9.). Die Verfassungsdebatte über die Gleichstellung von Mann und Frau seien "Fensterreden und ideologiebefrachtet" (FR 10. 9.). Die Vernichtung der Juden will er als einen Vorgang unter vielen in die Geschichte einordnen: Daraus könne man keine "Sonderrolle Deutschlands bis ans Ende der Geschichte ableiten" (stern 39, FR 20. 9., SZ 18. 9.).

Durch die Ausländer sieht er "das Recht der Deutschen auf Bewahrung ihrer Identität (stern 39) gefährdet und benutzt in diesem Zusammenhang auch Hitlers Begriff "Überfremdung" (SZ 18. 9., FR 10. 9.). In westdeutschen Großstädten mit hohem Ausländeranteil beklagt er "bis zum Bedrohlichen die Fremdheit, die einem da entgegenschlägt" (stern 39, FR 10. 9.). Daß Asylbewerber den Deutschen die Wohnungen wegnehmen und "in der Nachbarschaft von Asylbewerberheimen... täglich die Wäsche von der Leine gestohlen wird" (stern 39), sagt nicht etwa ein Republikaner (der deshalb sicher wegen Volksverhetzung angezeigt würde), sondern der Kandidat zum Amt des Bundespräsidenten.

Aus FR, "Dritter Rödelheimer Aufruf"

Nein zu den Heitmännern !

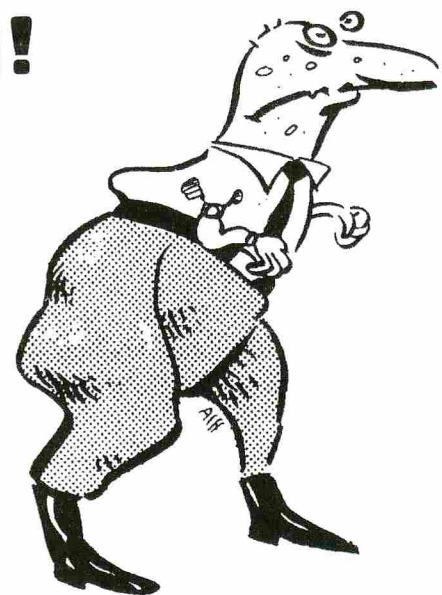
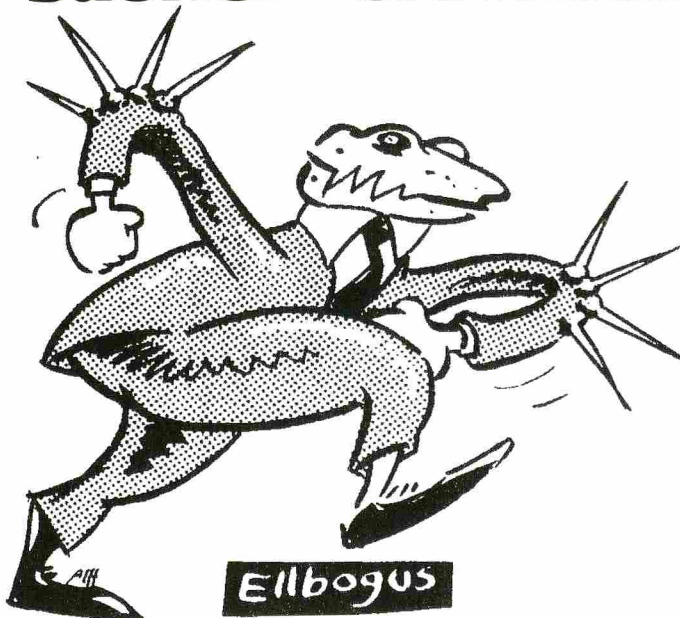
In diesem Lande werden Menschen öffentlich gelyncht, weil sie eine andere Hautfarbe haben; werden schlafende Frauen und Kinder angezündet, weil sie einen anderen Paß haben; grölen junge und alte Nazis unter Polizeischutz volksverhetzende Propaganda; machen neonazistische Parteien in von Steuergeldern finanzierten Fernsehsendungen Wahlpropaganda; bezeichnen Staats-

anwälte antisemitische Äußerungen als "harmlos"...

In diesem Lande soll nun ein Mann Bundespräsident werden, der zunächst vom Kanzler als DDR-Bürgerrechtler präsentiert wurde. Nach Klarstellungen der DDR-Opposition wissen wir aber inzwischen, daß er eher ein "Raushalter" war, der nun auch von sich sagt: "Ein Held sei er nicht gewesen"

"Profil" zeigte Herr Heitmann erst nach der Wende - und zwar als Rechtsaußen: Gegen Frauen äußerte er, sie könnten nicht "die seit Jahrtausenden männlich

Die Saurier - sie leben!



Auch das Sterben wird teurer

Den Stadtverordneten liegt eine neue Friedhofs- und Gebührenordnung auf dem Tisch. Danach sollen allein die Beträge, die von den Angehörigen an die Stadt zu entrichten sind, drastisch ansteigen.

Betrugen seither bei einer Beisetzung in einem Reihengrab (Einzelgrab) die Gebühren für die Bestattung einschließlich Benutzung der Trauerhalle 500,- DM, so müssen künftig hierfür 750,- DM gezahlt werden.

Bei einer Beisetzung in einem Wahlgrab (Doppelgrab) sind schon gleich, einschließlich Nutzungsrecht, anstatt 1700,- DM in Zukunft 2750,- DM und für jede weitere Beisetzung 950,- DM zu zahlen. Für eine Urnenbestattung im Reihengrab sind anstatt 200,- DM dann 300,- DM und im Wahlgrab (Doppelgrab) seither 560,- DM, künftig 900,- DM und für jede weitere Beisetzung 300,- DM zu entrichten.

Sehr teuer wird im Vergleich zu den seither bekannten Beisetzungsarten, die Benutzung der Urnenwände. Dort gibt es grundsätzlich nur Zweier- ohne und Dreierurnen mit Blumenfach. Das zur Verfügung stellen der Nischen durch die Stadt, einschließlich Einstellen der Urnen und Benutzung der Trauerhalle, soll bei einer Zweierurne 1500,- DM und bei einer Dreierurne 2600,- DM für die Erstbenutzung und für jede weitere Beisetzung 300,- DM betragen.

Bewegen sich die Verteuerungen der seitherigen Gebühren zwischen 50 und 62%, so wird eine noch neue Beerdigungsart, nämlich das Beisetzen von Urnen im anonymen Grabfeld gleich um 400%, von 100,- DM auf 500,- DM erhöht.

Alle Gebühren, besonders die für die Benutzung der Urnenwände und das Beisetzen der Urnen in einem anonymen Grabfeld sind noch revisionsbedürftig. Die Beträge hierfür sollten auf keinen Fall die Kosten für die Beisetzung der Urnen in einem Grabfeld übersteigen. Die Stadt muß dabei ja auch berücksichtigen, daß für die Urnenbeisetzungen weitaus weniger Platz beansprucht wird

und darf die Kosten für eine Friedhofserweiterung hierbei nicht außer acht lassen.

Auf die Angehörigen kommen außer den genannten Beträgen, die an die Stadt zu entrichten sind, noch erhebliche Kosten für Grabeinfassungen und Grabsteine bzw. beschriftete Platten vor den Urnennischen zu, wobei die Beträge für die Bestattungsunternehmen noch gar nicht aufgezählt sind. Bei all dem ist zu sehen, daß das Thema Sterben und die damit verbundenen Kosten für viele und hauptsächlich für jüngere Menschen zum Glück noch nicht existent ist. Das bedeutet auch, daß Preiserhöhungen auf diesem Gebiet leichter gefordert und hingenommen werden. Ältere Bürger denken hierüber manchmal anders.

Heinz Hechler

Schilda in Mörfelden ?

Wie war das wieder mit den Bürgern von Schilda? Die hatten, soweit noch in Erinnerung, beim Rathausbau die Fenster vergessen. Anders, jedoch viel schlimmer, erging es zwei Mietern in altengerechten Wohnungen der Stadt in der Schubertstraße. Ihnen wurde, ohne vorherige Information, wegen eines anhängenden Neubaus, jeweils das Schlafzimmerfenster zugemauert. Als einer der Mieter, nach mehrmaligem Vorsprechen bei der Stadt, keine Reaktion spürte dachte er, das muß ich einmal dem "blickpunkt" mitteilen. Dies hat inzwischen geholfen, denn hinter der Stadtzeitung der DKP stehen fünf Stadtverordnete und ein Stadtrat. Dieser hat die Sache in die Hand genommen und innerhalb von drei Tagen hatte die Stadt etwas unternommen, obwohl sich der Bürger vorher drei Wochen darum bemühte.

In den beiden Wohnungen wurden Dachflächenfenster eingesetzt, sodaß auch das Schlafzimmer wieder Tageslicht hat und wieder gelüftet werden kann.

Besser wäre gewesen, die Stadt hätte vor Beginn des Anbaues den beiden

Mietern die Situation geschildert und ihnen die Dachflächenfenster im voraus eingebaut und es nicht erst zu einer Verärgerung kommen lassen. Unangenehm ist für die Betroffenen allemal das Zumauern von vorhandenen Fenstern und das Aufreißen des Daches für ein neues Fenster, einschließlich Lärm und Schmutz.

HH



**Zeitung
der DKP**

**Probeexemplare
bestellen!**

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Wollen die Grünen an die Vereinskassen?

Zum Haushaltsplanentwurf '94 haben die Grünen unter anderem einen Antrag eingereicht, der die Kosten der Stadt für Sporthallen und das Sportlerheim senken soll. Im Antrag heißt es: "Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und in wie weit die Vereine, die die städtischen Sporthallen benutzen, dazu beitragen können, die Kosten für Unterhaltung und Betrieb dieser Anlagen zu senken. Ziel soll in erster Linie sein, die Personalausgaben durch Eigenleistungen der Vereinsmitglieder zu reduzieren."

Wie stellen sich die Grünen in der Praxis so etwas vor? Es ist schon üblich, daß die Vereinsmitglieder vor Beginn ihrer Übungsstunde Geräte und Matten aufbauen und nach Beendigung wieder wegräumen. Sollen evtl. die Vereinsmitglieder auch noch mit Besen und Schippe antanzen? Den Antragsstellern ist jedoch zu empfehlen, daß sie die Übungstunden besuchen und somit die entsprechenden Erfahrungen sammeln können. Oder wollen die Grünen gar die Vereine mit einer Gebühr für die Hallenbenutzung belasten?

HH

Stadtgeschichten



Vier Mörfelder Maurer und ein "Kaffeebub" auf einer Baustelle in Frankfurt vor etwa 70 Jahren. Nur die Namen der beiden mittleren Männer, mit Hut, sind uns bekannt. Es sind die Brüder Wilhelm Fritz (links) und Johannes Fritz, in Mörfelden auch Stecher-Wilhelm und Stecher-Hannes genannt. Letzterer war in Sprendlingen verheiratet. Übrigens der Name Stecher war in Mörfelden vor Jahrzehnten als sogenannter Bei- oder "U-Name" geläufig. Einer ihrer Vorfahren war nicht etwa ein Messerstecher, sondern einer, der beim Skatspielen viele Stiche einheimste.



Das Foto entstand nach getaner Arbeit, nämlich dem Mauern und Verputzen der Einfriedigung des hinter ihnen sichtbaren, im Rohbau schon fertiggestellten Schulgebäudes. Es war die Zeit, als der Beruf des Maurers noch kein Lehrberuf im heutigen Sinne war.

Die 14-jährigen wurden erst einmal "mitgenommen", mußten zum Frühstück den Kaffee kochen, daher der Name "Kaffeebub" und waren eine Zeitlang "Speisbub", also Mörtelträger. Erst nach dieser harten Prüfungsphase, bei der es nicht selten Schreie und Prügel gab, wurden sie zum Mauern zu erfahreneren Gesellen in die Reihe gestellt.

"... und immer
weniger Hungernde
in Mogadischu"



Friedensmission
Befriedung
Friedenerhaltende Maßnahme
Blauhelmeinsatz
Humanitäre Aktion

Sprüche zum aussuchen,
beim SPD-Parteitag in Wiesbaden notiert.